



Foto: Alexander Paul Englert

Jörg Herpich,
Chefredakteur

VORWORT

Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ Vehement wehrte sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Wels in seiner Rede gegen das Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Vergebens.

Die überwiegende Mehrheit der Parlamentarier votierte am 23. März 1933 mit „Ja“, gab Hitler und seinem NS-Terrorregime endgültig freie Bahn. Einzig die 94 anwesenden SPD-Abgeordneten stimmten gegen die Vorlage, 26 Sozialdemokraten sowie die gesamte KPD-Fraktion – 81 Abgeordnete – waren bereits verhaftet, ermordet oder untergetaucht. Mit dieser Abstimmung läutete der Reichstag das Ende der ersten deutschen Demokratie ein. Der braune Mob eroberte nun offiziell die Straßen. Angriffe auf Personen und Organisationen häuften sich. Nationalistische Überfälle auf Gewerkschaftshäuser und –einrichtungen im Reichsgebiet standen allerdings schon in den Monaten zuvor auf der Tagesordnung. Sachbeschädigungen, Verletzte und sogar Tote waren vielerorts zu beklagen. Dennoch rief der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) seine Mitglieder auch nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler noch zur Besonnenheit auf. „Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut erstes Gebot“ (Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände an die Mitglieder vom 30. Januar 1933). Kooperation statt Widerstand lautete die Devise der Gewerkschaftsführung. Dessen ungeachtet gab es in vielen deutschen Städten mutige Frauen und Männer, die sich dieser Anordnung widersetzten – im offenen wie auch verdeckten Widerstand.

Und während die Führungsriege des ADGB auch nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes noch an ein Überleben der bisherigen Gewerkschaften im Nazireich glaubte, war zahlreichen haupt- und ehrenamtlich Engagierten an der Basis schon lange klar: Das Ende der Freien Gewerkschaften ist nah – und wurde offiziell mit dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und der Verhaftung zahlreicher aktiver Mitglieder am 2. Mai 1933 besiegelt.

Dieser „schwarze Dienstag“ jährt sich nun zum 75. Mal. Gerade für eine Gewerkschaftszeitung wie den „Grundstein/Der Säemann“ Anlass und gewissermaßen Verpflichtung, mit einer Sonderausgabe an die Gräueltaten des Naziterrors zu erinnern sowie den Widerstand einiger Mutiger nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Und (s)einen Teil dazu beizutragen, dass Rechtsextremismus in Deutschland und anderswo heute und in Zukunft keine Chance auf Entfaltung mehr hat.

Wenigstens das sind wir den vielen Menschen schuldig, die ihre Freiheit und ihr Leben während der Nazidiktatur geopfert haben – um nicht nur ihre Ehre zu retten.

INHALT

Die Weimarer Republik
Eine Demokratie ohne genügend Demokraten Seite 3–7

Augenzeugenberichte vom 2. Mai 1933
Polizei rührte keinen Finger Seite 8–10

Bauarbeiter im Widerstand
Ein Kreuz zum Gedenken Seite 11

Die Machtergreifung der Nazis im Frühjahr 1933
Deutschland wird rücksichtslos gleichgeschaltet Seite 12–14

Das Volkshaus im „roten Mörfelden“
Ein Denkmal für die Bauarbeiter Seite 15

Ein Jahrhundert Gewerkschaftsarbeit lag in Staub und Asche
Ein neuer Anfang – Zwölf Jahre nach dem Ende Seite 16–19

Nach über 60 Jahren
Problem Rechtsextremismus heute/Literaturtipps Seite 20–23

Impressum:

Herausgeber:
 Industriegewerkschaft
 Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU),
 Bundesvorstand, Klaus Wiesehügel.

Redaktion:
 Jörg Herpich (verantwortlich),
 Hermann Hunger, Gerlinde Dickert,
 Michael Knoche-Gattringer,
 Christiane Nölle, Marianne Barth,
 Alf Mayer.

Redaktionsschluss:
 25. März 2008

Gestaltung:
 Werbeagentur Zimmermann,
 Hedderheimer Landstraße 144,
 60439 Frankfurt am Main.

Hausanschrift:
 IG Bauen-Agrar-Umwelt,
 Redaktion „Der Grundstein/Der
 Säemann“,
 Olof-Palme-Straße 19,
 60439 Frankfurt am Main,
 Telefon: (0 69) 9 57 37-0,
 Telefax: (0 69) 9 57 37-1 39.
 Internet: <http://www.igbau.de>
 E-Mail: grundstein@igbau.de

Druck:
 alpha print medien AG, Darmstadt
 Internet: www.apm.ag

Fotos:
 dpa Picture-Alliance, IG BAU,
 Rudi Hechler, Archiv

DIE WEIMARER REPUBLIK

Eine Demokratie ohne genügend Demokraten

Am 2. Mai 1933, vor nunmehr 75 Jahren, sind die Gewerkschaften in Deutschland untergegangen. Dieses für die Arbeitnehmerorganisationen wahrlich historische Datum ist den jetzt lebenden Generationen wohl weitaus bekannter als die politische Entwicklung, die zu dem Geschehen am 2. Mai 1933 geführt hat.

Als junger Maurerlehrling hat der Autor dieses Beitrags Anfang der Fünfzigerjahre erlebt, dass ältere Gesellen auf den Baustellen mit großer Bitterkeit über dieses Datum gesprochen haben. Sie empfanden das Ereignis von damals nach wie vor als große Niederlage, als Demütigung und als eine Schmach für die Gewerkschaftsbewegung. Die Rede ist also von Kollegen, die 1933 noch ganz junge Männer waren. Nur wenige Jahre später wurden sie vom Nationalsozialismus in den Zweiten Weltkrieg geschickt, waren oft jahrelang in Kriegsgefangenschaft, hatten Angehörige und meist jegliches Hab und Gut verloren. Zurück kamen sie in ein zerbombtes und geteiltes Deutschland. Sie gehörten Jahrgängen an, die als Kinder oder Heranwachsende die Weimarer Republik erlebten. Das war die Zeit von 1918 bis 1933, über die der Autor übrigens in der Schule ebenso wenig erfahren hatte wie über den Nationalsozialismus von 1933 bis 1945.

Und meine Gesellen von damals hatten in ihrer Bitterkeit und Enttäuschung über die vielen Lebensjahre, um die sie betrogen waren, schon längst Schuldige ausgemacht. Für sie waren es hauptsächlich die Gewerkschaftsführungen von 1933. „Die haben sich nicht rechtzeitig den Nazis in den Weg gestellt. Wäre das rechtzeitig passiert, dann hätte es die Nazizeit und auch den Zweiten Weltkrieg mit all den furchtbaren Folgen wohl nicht gegeben“, so ihre Argumente während der Gespräche auf den Baugerüsten und in den Baubuden meiner Lehrjahre.

Wie war das mit der Schuldfrage?

Doch war das alles 1933 wirklich so? Hatten die Gewerkschaftsführungen versagt? Waren die Gewerkschaften tatsächlich alleine verantwortlich für den Untergang der Weimarer Republik?

Darüber mehr zu erfahren, war nur wenige Jahre nach Kriegsende gar nicht so einfach. In der Schule und im

Elternhaus wurden die Weimarer Jahre und der Nationalsozialismus komplett ausgeblendet. Nicht umsonst spricht der Schriftsteller Ralph Giordano 1987 in seinem Sachbuch „Die zweite Schuld“ von einer Dauerverdrängung der Nazijahre. Bis auf wenige Ausnahmen seien die Täter davongekommen. Er nennt diesen Vorgang die zweite Schuld nach der ersten unter Hitler. Die bekannten Psychologen Alexander und Magarete Mitscherlich haben sich ebenfalls mit diesem eigenartigen Phänomen beschäftigt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der Durchschnittsdeutsche in den ersten zwanzig Jahren nach 1945 unfähig gewesen ist, zu trauern über das an ihm und von ihm begangene Unrecht in der Hitlerzeit.

Vorgeschichte Weimarer Republik

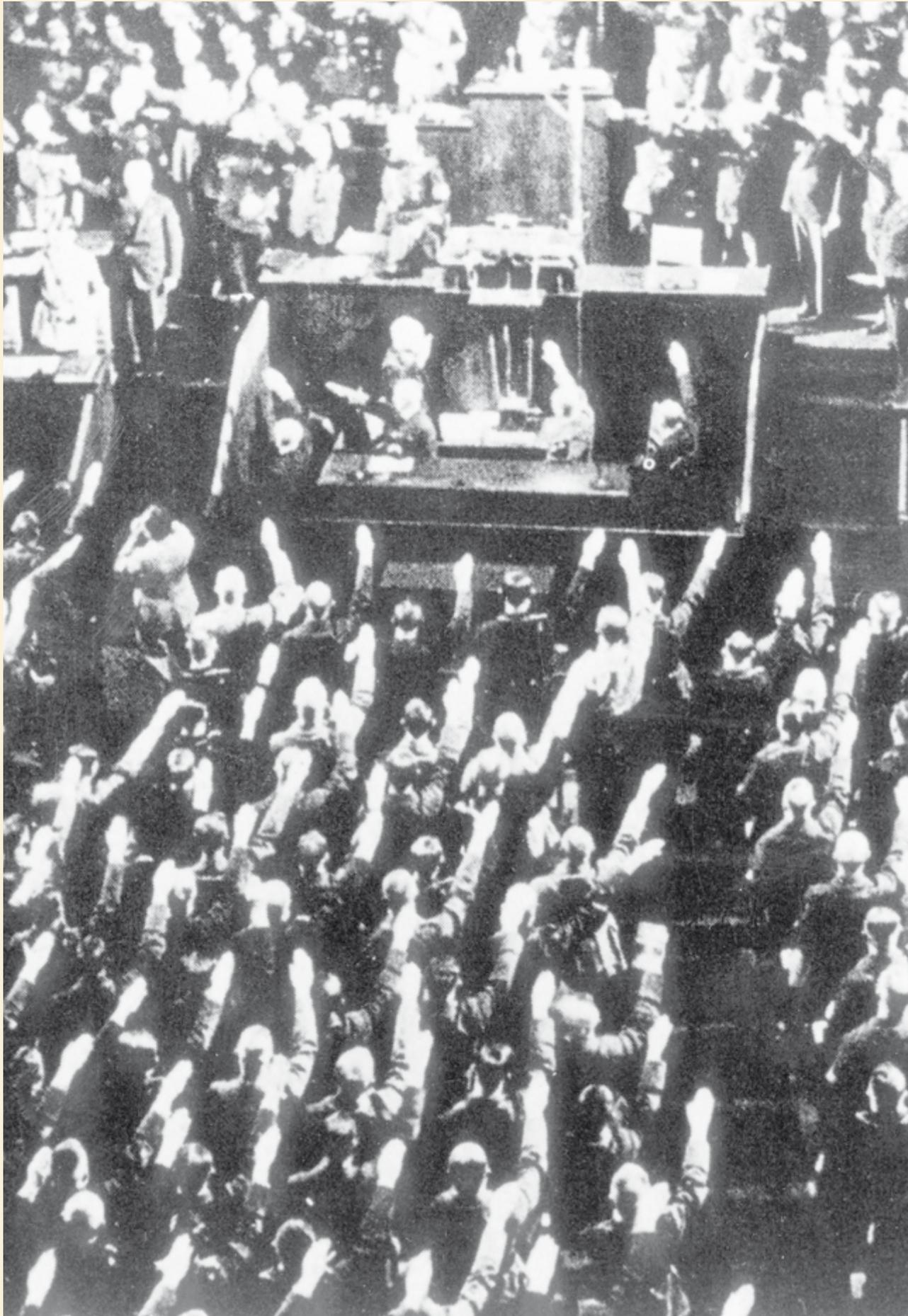
Von haupt- und ehrenamtlichen Funktionären, die den 2. Mai 1933 sehr bewusst erlebt hatten, war aber vor allem zu hören: „Wer über den 2. Mai 1933 sprechen und urteilen will, der muss sich vor allem über die Jahre der Weimarer Republik informieren.“ Und genau das wurde dem Autor später auch durch eine stetig anwachsende Literatur zu diesem Thema bewusst.

Als im November 1918 der Erste Weltkrieg zu Ende ging, da war auch Kaiser Wilhelm II. mit seinem Latein am Ende. Er dankte ganz einfach ab. Schon im August 1919 wurde in der thüringischen Kreisstadt Weimar das aus den Wahlen vom Januar 1919 hervorgegangene Parlament zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Auf die Stadt Weimar wurde damals wegen der politischen Unruhen in Berlin ausgewichen.

Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, nach der No-

*„Doch auf ihre Fragen
bekamen meine
Kinder nirgends
anders Antwort, höchstens
von solchen, die
es selbst nicht mehr
erlebt haben.“*

Ralph Giordano, „Die zweite Schuld“



*Frühjahr 1933:
Gleichschaltung im
Deutschen Reichs-
tag. Die Abgeord-
neten stimmen mit
441:94 Stimmen
und dem Hitler-
gruß für das „Ge-
setz zur Behebung
der Not von Volk
und Reich“
(Ermächtigung-
gesetz)*

vemberrevolution von 1918 Leiter des Rats der Volksbeauftragten, wurde im Februar 1919 zum ersten Reichspräsidenten der jungen Republik gewählt. Er starb 54-jährig im Jahre 1925. Zum Nachfolger wurde der Kandidat der Rechten, der kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, gewählt und 1932 im Alter von 85 Jahren als Reichspräsident wiedergewählt. Die Weimarer Verfassung gab dem direkt vom Volk zu wählenden Reichspräsidenten eine ungeheure Machtfülle, die sich insbesondere zum Ende dieser Republik äußerst verhängnisvoll auswirken sollte.

Von Anfang an stand die Weimarer Republik unter keinem guten Stern. Sie hatte ganz einfach zu wenig Freunde und viel zu viele Feinde. Die einflussreichen Eliten des Landes konnten und wollten sich mit dieser Demokratie nicht abfinden. Dazu gehörten aber auch Politiker von ganz rechts und ganz links, denen die ganze Konstruktion nicht in den Kram passte. Dazu gehörte aber auch die mächtige Beamtenschaft des früheren Kaiserreichs, die sich an die demokratische Staatsform nicht gewöhnen wollte. Ähnliches galt für Wissenschaft und Hochschulen, für den Mittelstand ebenso wie für das Kleinbürgertum und den Adel. Unzufriedene Militärs setzten gleich nach 1918 die sogenannte „Dolchstoßlegende“ in die Welt, wonach die „Novemberverbrecher“ 1918 der unbesiegt Front in den Rücken gefallen wären. Schließlich gehörten dazu der Versailler Vertrag mit den ökonomischen Knebelungen sowie die unselige Inflation und die Weltwirtschaftskrise, die der verantwortlichen Politik nur wenig Spielraum ließen.

Egoistische Eigeninteressen nehmen zu

Ständig gab es Unruhen mit gewaltsamen Auswirkungen in den Straßen und Versammlungslokalen. Die Gesellschaft von Weimar war in viele Lager gespalten. Bürgerkriegsähnliche Zustände beherrschten zunehmend das Bild. Das alles war insbesondere natürlich ein guter Nährboden für die rechten Randgruppen, die bald keine mehr sein sollten. Die Nationalsozialisten wurden mit der SA immer stärker und auch immer gewalttätiger. Sie wurden auch durch entsprechende Abkommen mit der Industrie finanziell unterstützt und gefördert. An der sogenannten „Harzburger Front“, einem 1931 gegründeten Zusammenschluss, der eindeutig gegen die Republik gerichtet war, beteiligten sich die Deutschnationale Volkspartei, die von Hitler geführte NSDAP, Abordnungen des „Stahlhelm“, die „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ sowie prominente Einzelgänger aus Fürstenthäusern und dem Finanz- und Wirtschaftsleben. So zählte die SA, eine Privatarmee der NSDAP, schon bald drei Millionen Mitglieder und wuchs bis zum Frühjahr 1934 auf vier Millionen Mitglieder an. Straff organisiert und geführt war

die SA in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu einer Macht geworden, der Recht und Verfassung gleichgültig waren. Zahlenmäßig war die SA zudem der Reichswehr weit überlegen. So konnte es nicht verwundern, dass immer mehr Zweifel aufkamen, ob die jeweils aus den demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierungen noch über das Gewaltmonopol des Staates verfügten.

Erdrückende Massenarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit lag schließlich bei sechs Millionen. Von Tag zu Tag stieg die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Das Vielparteiensystem führte zu ständig wechselnden Mehrheiten. Häufig gab es Neuwahlen, und oft wurde mit Notverordnungen regiert.

Überall war bei den Menschen eine zunehmende Orientierungslosigkeit zu spüren.

Der Dichter Carl Zuckmayer schilderte die katastrophale Lage in seinem Werk „Als wär's ein Stück von mir“ so:

„Wer durch Berlin fuhr, sah in jedem Bezirk, besonders in den östlichen und nördlichen Stadtteilen, lange Schlangen von Männern anstehen, die elend aussahen, in abgerissener Kleidung, die Gesichter fahl und gedunsen, ungesund, unterernährt. Das waren die Stempelbrüder, deren Schar mit der Zeit immer größer, deren Anblick immer erbärmlicher wurde. Sie warteten vor den Arbeitsämtern. Und wie in Berlin standen sie in ganz Deutschland, vor den Arbeitsämtern, vor den Auszahlkassen, vor den Konsumvereinsläden, vor den Fabriken, die nur noch eine Teilschicht beschäftigen konnten, vor gesperrten Kohlenzechen, stillgelegten Gruben. Mehr als sechs Millionen standen in den Jahren 1931 bis 1933 so in Deutschland herum, Arbeitslose, zum Nichtstun und Warten verdammt, und allmählich zur Hoffnungslosigkeit, unzufrieden mit allem, mit der Welt, in der sie lebten, mit dem Staat, der sie mühselig und knapp am Leben erhielt, mit sich selbst und ihrer Geduld.“

„Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen.“

SPD-Reichstagsabgeordneter
Kurt Schumacher,
23. Februar 1932

Im Unterschied zu heute war die Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik nach Berufsverbänden und nach verschiedenen Weltanschauungen und Richtungen organisiert. Das machte es auf der Seite der Arbeitnehmer schier unmöglich, von einer einheitlichen Organisationsstruktur zu sprechen und entsprechend zu handeln. Diese Struktur wäre aber als politische Gegenmacht notwendig gewesen. Es gab also keine Gewerkschaften, die unabhängig von Parteien, Kirchen und Weltanschauungen die Interessen der Arbeitnehmer eines Wirtschaftszweigs zu vertreten hatten. Diese Einheitsgewerkschaften wurden erst nach 1945 und

nach den schlimmen Erfahrungen von Weimar gegründet.

Im November 1932 – die Nazis hatten im Vergleich zu den Wahlen im Sommer schon wieder etwas an Stimmen verloren – scheiterte ein letzter Versuch, die NSDAP in die parlamentarische Mitverantwortung einzubinden. Hitler lehnte die ihm angebotene Position des Vizekanzlers ab. Den Eintritt in die Regierung hatte er schon nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 abgelehnt. Mit 230 von insgesamt 608 Abgeordneten war die NSDAP im Reichstag immerhin die stärkste Fraktion geworden. Hitler wollte aber die ganze Macht, und er bekam sie schließlich auch am 30. Januar 1933, nachdem der deutsch-nationale Reichskanzler Kurt von Schleicher mit seiner Regierung zurückgetreten war. Der greise und von vielen schon als senil bezeichnete Reichspräsident von Hindenburg ernannte Hitler zum Reichskanzler.

Bürgerkrieg als letzte Lösung?

In den letzten Wochen vor dem 30. Januar 1933 hatte es viele Versuche gegeben, Hitler zu verhindern. Immer wieder wurde auch mit der Führung der Reichswehr nach Wegen und Möglichkeiten gesucht. Sie alle scheiterten jedoch an der Unentschlossenheit und wohl auch daran, sich in dieser prekären Situation ganz einfach über verfassungsrechtliche Bedenken hinwegzusetzen. Einflussreiche Militärs waren nicht gewillt, die Truppe zum Büttel einer experimentierenden Regierung zu machen, einer Regierung, die weder die Nationalsozialisten einzubinden vermochte, noch zu einer Verständigung mit den traditionellen Parteien in der Lage war. Und auch der

greise Reichspräsident wird mit den Worten zitiert: „Ich bin zu alt geworden, um am Ende meines Lebens noch die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu übernehmen.“

Was Hitler nach seiner Machtübernahme mit den Gewerkschaften vorhatte, und wie er die Gewerkschaftsfrage eingeschätzt hat, ist nachzulesen in „Mein Kampf“. Mitte der Zwanzigerjahre erschien die erste Ausgabe, bis zum Jahre 1937 erreichte die Gesamtauflage sämtlicher Ausgaben 2 940 000 Exemplare.

Nach der Machtergreifung formulierte der damalige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (etwa vergleichbar mit dem heutigen DGB), Theodor Leipart, die Leitlinie der gewerkschaftlichen Politik für die kommenden Monate wie folgt: *„Organisation – nicht Demonstration: Das ist die Parole der Stunde. Um Angriffe gegen Verfassungs- und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Lasst Euch*

nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.“

Nachdem der Polizeipräsident in Berlin Ende Februar 1933 den „Grundstein“ wegen Führerbeleidigung mit sofortiger Wirkung bis zum 1. Mai 1933 verboten hatte, setzte der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbunds, Nikolaus Bernhard, die Baugewerkschaften hiervon in Kenntnis und gab die Parole aus: *„Nun erst recht ran an den Feind! Aufklärung der Mitglieder, Werbung für den Bund und Mitarbeit im Wahlkampf ist höchstes Gebot! Jeder tue seine Pflicht, dann wird am schnellsten die gegenwärtige Episode der deutschen Geschichte überwunden.“*

Viele verfassungsrechtliche Grundrechte wurden durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 außer Kraft gesetzt. Beschränkungen der persönlichen Freiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung gehörten ebenso dazu wie die Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraf- und Fernsprecheheimnis.

Die Baugewerkschaft teilt mit, dass sie die Pflicht hat, alle Funktionäre auf die Aufhebung des Briefgeheimnisses aufmerksam zu machen sowie auf die Aufhebung der Verfassungsbestimmung, wonach die Wohnung jedes Deutschen unverletzlich ist. Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 brachte den Ausnahmezustand und außerdem den Nationalsozialisten einen willkommenen Anlass für Notstandsmaßnahmen.

Am 5. März 1933 fanden Reichstagswahlen statt. Von den 647 Mandaten des Reichstags erhielten die Nationalsozialisten 288 Mandate (43,9 Prozent), die Deutschnationale Volkspartei als Koalitionspartner 52 Mandate (acht Prozent). Die SPD kam auf 120 Mandate (18,3 Prozent) und die KPD brachte es auf 81 Mandate (12,3 Prozent). So also die Machtverhältnisse wenige Wochen vor dem 2. Mai 1933. Dann machten sich die Nationalsozialisten an die Vorbereitungen für den 1. Mai, der von den Gewerkschaften traditionell als Tag der Arbeit gefeiert wurde.

Der 1. Mai wird missbraucht

Am 4. April 1933 verkündete das NS-Regime, dass der 1. Mai künftig zum „Tag der nationalen Arbeit“, also zu einem bezahlten Nationalfeiertag wurde. Fast blieb den Gewerkschaftsführungen nichts anderes übrig, als dieser Maßnahme ihren Beifall zu zollen und am 22. April 1933 ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Maifeiern aufzufordern.

Bereits im Jahre 1932 hatte der spätere Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels davon gesprochen, den „Roten“ zu zeigen, wie eine machtvolle Maidemonstration abzulaufen habe. Am 17. April 1933 notiert er in

„Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“

Der Kunstmaler Max Liebermann
beim Betrachten eines
Fackelzugs zu Adolf Hitlers
Machtübernahme

26. FEB. 1933

Beglaubigte Abschrift.Der Polizeipräsident
Tgb.Nr. I/3/60/35 Ang.I.

Berlin, den 22. Februar 1933.

V e r b o t .

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Ziff. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. Nr. 8, S. 35 ff.) verbiete ich die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift

G r u n d s t e i n
mit sofortiger Wirkung bis zum 1.5.1933 einschließlich.

Das Verbot umfaßt auch die in Ihrem Verlage erscheinenden Kopfblätter der Zeitung, sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist. Eine etwaige Veröffentlichung des Verbots hat sich auf die Mitteilung zu beschränken, daß die Zeitung bis zum 1.5.1933 einschl. verboten sei. Jede weitergehende Mitteilung ist unzulässig und wird als Verstoß gegen § 18 der angezogenen Verordnung verfolgt.

Gegen das Verbot ist binnen zwei Wochen - vom Tage der Zustellung ab - die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen.

Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich zur Beschleunigung der Angelegenheit, die Beschwerdeschrift in vierfacher Ausfertigung vorzulegen.

Wegen Beleidigung des „Staatsmannes“ Adolf Hitler wurde „Der Grundstein“ am 22. Februar 1933 vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 1. Mai 1933 verboten. Zitat aus dem beanstandeten Artikel: „Auch als Kanzler ist Hitler Trommler geblieben. Zum Staatsmann fehlt ihm jede Qualifikation. Auch die menschliche Qualifikation zum Kanzler hat Hitler nicht ...“

seinen Berliner Aufzeichnungen: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet.“

Und so ist es dann auch gekommen. Der 1. Mai 1933 wurde zu einem einzigartigen Massenereignis, wie es die Welt bis dahin noch nicht gesehen hatte. Hitler selbst schwor bei seiner Tempelhofer Mairede die Masse auf die deutsche „Volksgemeinschaft“ ein.

Schutzhaft für Gewerkschafter

Schwer bewaffnet stürmte die SA am 2. Mai 1933 in die Häuser des Baugewerksbunds, des Zimmererverbands und des Landarbeiterverbands. Die Vorsitzenden kamen in „Schutzhaft“. Das jeweilige Vermögen wurde beschlagnahmt. Alle Angestellten, bis auf die fristlos entlassenen Spitzenfunktionäre, wurden zunächst zur weiteren Arbeit verpflichtet.

Dieser Beitrag soll enden mit einem Zitat von Gustav Wüst, der nach 1949 für viele Jahre Vorsitzender des Gewerkschaftsrats der Baugewerkschaft war. Er berichtet über den 2. Mai 1933 wie folgt: „Wir hatten an diesem Tage nur eine Genugtuung, die viel für uns bedeutete. Es gab keinen Verräter unter uns. Wir alle standen mit erhobenen Händen an der Wand. Von den kommissarisch eingesetzten Nazis war keiner Funktionär

unserer Gewerkschaft. Keiner war Bauarbeiter.“ Die Freien Gewerkschaften der Weimarer Republik hatten aufgehört, zu existieren, nachdem die SA mit brutaler Gewalt unsere Gewerkschaftshäuser besetzt hat. Diese von langer Hand und schon weit vor der Machtübernahme am 30. Januar 1933 geplante Aktion war wohl für die Nationalsozialisten auch deshalb erforderlich, weil sich die Historiker alle darüber einig sind, wie wenig es den Nationalsozialisten in den vielen Jahren bis 1933 gelang, in die Reihen der Arbeiterklasse einzubrechen. Deshalb mussten andere Mittel und Wege gefunden werden. Und deshalb war für die Nationalsozialisten die dann folgende Deutsche Arbeitsfront wohl auch die wichtigste Antwort auf die Frage, wie der deutsche Arbeiter in das neue Dritte Reich zu integrieren sei. Von allen wichtigen Gruppierungen der Gesellschaft hatte sich nämlich die Arbeiterklasse am wenigsten durch die NS-Propaganda in den sogenannten „Kampfjahren“ beeindruckt lassen.

Wenn die Gesellen von 1952/1953, von denen eingangs die Rede war, das alles gewusst hätten, wäre ihr Urteil über die Gewerkschaftsführungen von 1933 sicherlich anders ausgefallen. Sie hätten dann wohl eher dem Autor zugestimmt, dass Weimar keine Chance hatte. Was dann aber in den zwölf Jahren danach kam, war alles noch viel schlimmer.

Hermann Hunger

AUGENZEUGENBERICHTE VOM 2. MAI 1933

Polizei rührte keinen Finger

Der 2. Mai 1933 war taktisch raffiniert eingefädelt. Bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis gab es so gut wie keine Gegenwehr.

Während die Zeitungen im ganzen Deutschen Reich über den „neuen“, von den Nazis diktierten 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ berichteten, besetzten Einheiten von SA (Sturmabteilung), SS (Schutzstaffel) und NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) am 2. Mai 1933 vormittags ab zehn Uhr die Gewerkschaftshäuser und Einrichtungen der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland. Funktionäre, die verhaftet werden sollten, waren schon Tage vorher beobachtet worden. Die Nazis wussten, was sie taten – und was sie wollten. Die Aktion war geplant. Nach einer Unterredung mit Hitler auf dem Obersalzberg notierte Propagandaminister Joseph Goebbels am 17. April 1933 in sein Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden wir dann die Gewerkschaftshäuser besetzen. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksichten kennen. Sind die Gewerkschaften in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können.“

Vorbereitet wurde der Vernichtungsschlag von einem geheimen „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ unter der Leitung von Robert Ley, dem späteren „Führer“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF). In einem internen Papier hieß es: „Die Übernahme der Freien Gewerkschaften muss in einer Form von sich gehen, dass dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird, dass sich diese Aktion nicht gegen ihn, sondern gegen ein überaltertes und mit den Interessen der deutschen Nation nicht übereinstimmendem System richtet.“

Die Gewerkschaften zögerten

Noch im Frühjahr 1933 war der Sozialdemokrat Hans Vogel im Auftrag des Parteivorstands durch das Deutsche Reich gereist, um die Gewerkschaften für einen Generalstreik zu gewinnen. Sein Ergebnis: „Wenn wir auf den Knopf drücken, dann geht es los.“ Besonders in den großen Städten, den legendären „roten Hochburgen“, war aktiver Widerstand vorbereitet worden. Bewaffneter Kampf gehörte teilweise zum Kalkül des äußersten Widerstands. In München hielt Gustav Schiefer als Kommandeur das Gewerkschaftshaus in

der Pestalozzistraße mit 500 Kollegen besetzt, um das Gebäude gegen Überfälle der SA und SS zu verteidigen. Sie verfügten über zwei große Maschinengewehre und viele Handgranaten. In den Gängen waren statt der Heizkörper Gewehrstände eingebaut. „Die Verteidiger hätten sich auch in schwieriger Lage viele Tage halten können“, meint der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Beier. Das Gewerkschaftshaus in Hannover glich nach einem Bericht der Nazis einer regelrechten „feldmäßigen Festung“. Alle Eingänge und Treppen waren gesichert, Drahtverhaue vorbereitet und die Waffenlager gefüllt. Nach Art von Hundertschaften hatten sich die Verteidiger militärisch straff organisiert und die Aufgaben strategisch verteilt.

Aber das Signal zu Generalstreik oder Kampf kam nicht. Die Gewerkschaften zögerten. In vielen Orten und mit vielen Pöbel-Aktionen hatten sich die Nazis schon „die Straße erobert“. Die Einschüchterung funktionierte. Ende März 1933 beschwerte sich der Allge-



meine Deutsche Gewerkschaftsbund in einem – erfolglosen – Protestbrief „per Einschreiben“ bei Reichspräsident von Hindenburg: „Nach dem Stande vom 25. März 1933 waren unsere Verwaltungsgebäude und Büros durch SA, SS oder durch Polizei besetzt und zwar in: Aachen, Annaberg, Auerbach, Bautzen, Bitterfeld, Bremen, Breslau, Bunzlau, Braunschweig, Cas-trop-Rauxel, Cleve, Dresden, Duisburg, Döbeln, Frei-burg i.Br., Goch, Gelsenkirchen, Hamborn, Kassel, Leipzig, Ludwigshafen, Meissen, Nürnberg, Olbernhau, Osnabrück, Oberhausen, Plauen, Pirmasens, Reutlingen, Rosenheim, Sagan, Schneidemühl, Schönebeck, Wernigerode, Wuppertal, Wurzen, Zittau, Zwickau, Zweibrücken.“ Meist wurden Akten verwü-stet, Mitgliederlisten und Adressen beschlagnahmt, Schreibmaschinen und wertvolles Büromaterial verschleppt, auch offene Türen zertrümmert. In Dresden wurden 20 000 Kilo Akten an Altpapierhändler ver-scherbelt. „Die Zahl der ohne Angabe von Gründen verhafteten Gewerkschaftsmitglieder geht in die Hun-derte“, heißt es weiter in dem Brief. „Zahlreiche Fälle sind uns gemeldet worden, wo die Betroffenen in der Regel nachts aus ihren Wohnungen verschleppt und teilweise unmenschlich verprügelt wurden. Die Polizei lehnte in der Regel ein Eingreifen ab.“

Es gab keine Antwort. Die Übergriffe gingen weiter. Be-troffen waren die Gewerkschaftshäuser in Goslar, Kiel, Königsberg, Lörrach, Liegnitz, Oberndorf, dann Solin-

gen, Hannover, Frankfurt am Main, Greifswald, Flens-burg, Mettmann, Leipzig, Dresden, Reutlingen, Star-gard, Wiesbaden, Hamborn, Luckenwalde, Görlitz. Dies alles geschah vor dem 1. Mai 1933. An diesem Tag rief in München Erhard Auer, der Vorsitzende der bayerischen SPD, im Gewerkschaftshaus an, man sol-le keinen Widerstand leisten, das Innenministerium habe zugesagt, Polizeischutz zu schicken. Die Münch-ner Gewerkschafter lieferten daraufhin ihre Waffen ab. Aber sie waren falsch informiert. Schon am nächsten Tag, am 2. Mai, stürmte die SA zuerst die Münchner SPD-Parteizentrale am Altheimer Eck und dann auch das Gewerkschaftshaus, ohne dass die Polizei einge-griffen hätte. Die Gewerkschafter mussten sich ergeben und in demütigender Form um freien Abzug bitten.

Alle Funktionäre wurden verhaftet

Nirgends in Deutschland rührte die Polizei einen Fin-ger. Tischler Theophil Oslislok, Jahrgang 1904, erleb-te den 2. Mai 1933 in Bottrop: „Die Schließung verlief ganz kurz. Die sind eingedrungen und sagten: ‚Mit dem heutigen Tag gehören diese Räume der Deutschen Arbeitsfront!‘ Die waren schwer bewaffnet, dass man keinen Widerstand mehr leisten konnte.“

In Berlin ließ sich Obernazi Robert Ley, Leiter des „Schutzkomitees zum Schutze der deutschen Arbeit“, höchstpersönlich zum Bundesvorstand des Allgemei-



Mitglieder der SA besetzen das Gewerkschaftshaus am Berliner Engeldamm

nen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) kutschieren. Gegen zehn Uhr wurde das Gewerkschaftshaus in der Wallstraße von braunen Trupps mit Revolvern, Knüppeln und Äxten gestürmt. Gewerkschaftsführer Theodor Leipart und alle Funktionäre wurden verhaftet. Augenzeuge Hermann Schlimme: „Etwa 400 bis 500 SA-Männer, schwer bewaffnet, zogen ein, an der Spitze Dr. Ley. Der Unterzeichnende wurde, wie alle übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes und deren Mitarbeiter, gewaltsam mit vorgehaltenen Revolvern aus ihren Büros geführt und auf Lastwagen in ein völlig zerstörtes Haus in der Parochialstraße gebracht. Es wurde versucht, die Polizei zu alarmieren. Sie kam auf

„Die Nazis hausten bei uns wie die Vandalen. Die Akten flogen haufenweise zum Fenster hinaus.“

Ein Bericht aus Bochum

Autos und fuhr ohne abzusteigen weiter, als sie sah, dass die SA das Haus umstellt hatte.“

Im Gewerkschaftshaus am Berliner Engeldamm zerstörten die Nazis die Grabstätte von Leo Arons. Der vermögende Physiker, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, einer der Väter der Idee „Gewerkschaftshaus“, hatte das 1900 erbaute Gebäude mit Arbeiterbildungseinrichtung, Krankenhaus, Übernachtungsmöglichkeiten und Gaststätte finanziell ermöglicht. Heute erinnert dort eine Gedenktafel an Leo Arons, seine sterblichen Überreste sind verschollen.

Auch im Verwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbands in Bochum hausten die Nazis nach dem Bericht eines Augenzeugen „wie die Vandalen. Kein Schrank und kein Fach blieb ungeöffnet. Die Akten flogen haufenweise zum Fenster hinaus. Setz- und Druckmaschinen wurden zerstört“.

Der Elektriker Heinrich Meyer aus Minden, Jahrgang 1910, berichtete: „Am 1. Mai 1933, als der Aufmarsch war, da wurden wir angepöbelt, weil wir den Hitler-Gruß nicht erwiderten. Am Tag danach waren die Ge-

werkschaften verboten. Da wurden die Büros ausgeräumt, die Kassen wurden beschlagnahmt. Ich hatte damals die Kasse, ich war der Kassierer vom Arbeitersportverein. Als die bei mir zu Hause die Kassentbücher holen wollten, habe ich die schnell meiner Schwester, die am Webstuhl webte, unter den Hintern geschoben. Aber als die Nazis dann überall Hausdurchsuchungen machten, da fanden sie die Sparbücher, und dann wurden die Konten gesperrt. Und aus war's.“

Gewerkschafter waren Opfer

In Duisburg wurden die vier Gewerkschaftsfunktionäre Johann Schlösser, Julius Birck, Michael Rodenstock und Emil Rentmeister nach grausamen Folterungen von SA-Männern erschlagen. Diese Mordtaten wurden vertuscht, wie die Nazi-Führung überhaupt bemüht war, die Vorgänge vom 2. Mai in der Öffentlichkeit zu verharmlosen. So sollte die offizielle Angabe von 50 Verhaftungen reichsweit die Verhältnisse verschleiern. Allein in Berlin waren es einige Hundert Gefangene, das schon im März errichtete KZ Oranienburg war schnell überfüllt. Viele wurden in Polizeikellern gefoltert, nicht alle überlebten die erste Woche. Flüchtlinge berichten darüber in der Auslandspresse, während die Berliner Zeitungen den „unblutigen Sieg“ der Nazis feierten. Die Nazis beschlagnahmten Vermögen und Kassen der Gewerkschaften – und das traf auch viele Millionen Beitragszahler mit ihren erworbenen Rechten, ebenso Arbeitslose, Invaliden und Witwen. Das System der gewerkschaftlichen Unterstützungskassen wurde zerstört. In den folgenden Monaten und Jahren wurden zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften Opfer des Terrors, verschwanden oft Jahre in Gefängnissen oder Konzentrationslagern (KZ), bezahlten ihren Widerstand gegen das Nazi-Regime mit ihrem Leben.

almay

„SCHUTZHAFT“ – EIN VERHARMLOSENDES WORT

Wie der Begriff der „Endlösung“ ist auch die „Schutzhaft“ ein Begriff, mit dem die Nazis ihre Taten verharmlost haben. Die „Schutzhaft“ war eines der schlagkräftigsten Instrumente des Naziregimes zur Bekämpfung seiner Gegner. Formaljuristisch beruhte sie auf der „Reichstagsbrandverordnung“, die nur einen Tag nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ erlassen wurde und sich auf den „Notstandsartikel“ 48, Absatz 2, der Weimarer Verfassung stützte. Neben anderen Grundrechten wurde darin auch die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit (Art. 114) „bis auf Weiteres“ aufgehoben. Dieses „bis auf Weiteres“ galt bis zum Kriegsende.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 erhielten SS wie auch SA und Stahlhelm schnell polizeiliche Privilegien zur Verfolgung politischer Gegner. Im April 1933 befanden sich schon über 25 000 Regimegegner in „Schutzhaft“, darunter viele Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten. Ebenfalls im Frühjahr 1933 begannen SA und SS mit der Errichtung erster Konzentrationslager (KZ) in Dachau und Oranienburg. In vielen Dutzend kleineren Lagern und Gefängnissen wurden zunächst vor allem politische Gefangene festgehalten, meist ohne ordentliches Gerichtsurteil.

**BAUARBEITER IM WIDERSTAND**

Ein Kreuz zum Gedenken

Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki bezeichnete ihn in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als den „bedeutendsten Roman, den eine Frau in deutscher Sprache geschrieben hat“.

Es ist sicherlich der bekannteste Roman der im Jahr 1900 in Mainz als Netty Reiling geborenen Schriftstellerin Anna Seghers: „Das Siebte Kreuz“. 1938 im Pariser Exil geschrieben und 1942 in Mexiko erschienen, beschreibt das Buch die fiktive Flucht aus einem Konzentrationslager im rheinhessischen Westhofen bei Worms.

Philipp Wahl hat diese Geschichte in Wirklichkeit erlebt. Der heute 95-jährige Gewerkschafter wurde Anfang März 1933 wegen seiner illegalen Tätigkeit als kommunistischer Kurier und Vertrauensmann der Gewerkschaft der Seeleute, Hafendarbeiter und Binnenschiffer auf seinem Schiff im Hafen von Worms verhaftet und in das tatsächlich in Osthofen eingerichtete KZ eingeliefert.

*Philipp Wahl ca. 1930*

Die SS-Männer misshandelten ihn dort so stark, dass er heute noch an den gesundheitlichen Folgen leidet. Sie brachen seinen Schädel, seinen Widerstandsgeist konnten sie nicht brechen. Auch nicht, als sie den gelernten Stuckateur in ein Arbeitskommando zwangen, bei dem er die Stuckdecken im „Braunen Haus“, der Wormser NSDAP-Zentrale, restaurieren musste. Ende Dezember 1933 wurde Philipp Wahl entlassen, 1934 sogar vom Vorwurf des „Hochverrats“ aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Seine Widerstandsarbeit nahm er wieder auf, verhalf Menschen zur Flucht, verbreitete illegale Druckschriften und schickte Berichte über die Zustände in Nazi-Deutschland und im KZ über die Schweiz an die Genossen im Exil. Möglicherweise sind diese Berichte auch zu Anna Seghers gelangt und wurden so zum Material für ihren „Roman aus Hitler-Deutschland“.

81 Jahre Gewerkschafter

Philipp Wahl, der seit dem Ostermontag 1927, dem ersten Tag seiner Lehre in der gewerkschaftseigenen Duisburger Bauhütte, der Gewerkschaft treu geblieben ist, gehörte nach dem Krieg und Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands zu den Frauen und Männern des Wiederaufbaus der

Baugewerkschaft in seiner Wahlheimat Worms. Nach dem Verbot der KPD, deren Kreisvorsitzender er 1956 war, wurde er – wieder einmal – wegen „Staatsgefährdung“ angeklagt. Erst im Jahr 2001 wurde ihm mitgeteilt, dass die Justiz dieses Verfahren gegen ihn eingestellt habe.

Im November 2006 erhielt Philipp Wahl auf Vorschlag des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck das Bundesverdienstkreuz für seine „Verdienste um die Gedenkstättenarbeit“ des Landes in Osthofen. Philipp Wahl gehört zu den Begründern der „Lagergemeinschaft“ ehemaliger Häftlinge und des Fördervereins für ein Gedenkstättenprojekt in dem ehemaligen KZ, das in den 1990er-Jahren endlich verwirklicht wurde. „Uns ging und geht es jedoch nicht nur um Erinnerungsarbeit“, sagte Wahl, als ihm die hohe Auszeichnung verliehen wurde. „Wir müssen höllisch wachsam sein und den alten und neuen Nazis nicht einen Millimeter auf der Straße überlassen ... Wir müssen ihnen täglich und aktiv entgegengetreten und eine demokratische, soziale Gesellschaft verwirklichen.“

„Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen.“

Die Schriftstellerin Christa Wolf nach einem Zitat von William Faulkner

KrG

Die letzten zwei Überlebenden: Philipp Benz (links) und Philipp Wahl am 6. März 2008 in Osthofen



DIE MACHTERGREIFUNG DER NAZIS IM FRÜHJAHR 1933

Deutschland wird rücksichtslos gleichgeschaltet

Wie schnell es gehen sollte, und wie schlimm es kommen sollte, das konnten sich die wenigsten vorstellen. Die Nazis aber zogen die Gleichschaltung Deutschlands rücksichtslos durch.

Augenzeuge Werner Monk, Jahrgang 1921, aus Kronach: „Ich war einer von denen, die nach der Machtergreifung vom Januar 1933 als ‚Rote Falken‘ nach wie vor zu unseren Zusammenkünften ins Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) gingen, und das auch noch in unserer ‚Uniform‘. Wir ballten noch immer unsere Faust, riefen laut ‚Freiheit‘ und hatten Zoff mit den verdammten Pimpfen, diesen Knülchen von der Hitlerjugend. Wir ließen uns nicht einschüchtern, noch nicht. Wir glaubten nicht an das Ende der ‚Roten Falken‘, auch wenn wir täglich mehr erleben mussten an brutaler Willkür der SA, vorwiegend im Umfeld des Gewerkschaftshauses, wo dann sogar eines Tages bewaffnete Posten der SA auftauchten, die aber noch jedermann rein- und rausgehen

ließen. Das alles änderte sich dann schlagartig nach dem 28. Februar 1933, nach dem Brand des Reichstages in Berlin. Überall zogen jetzt Bewaffnete auf, die sogenannte ‚Hilfs-Polizei‘, bestehend nicht nur aus Männern der SA und SS, sondern auch aus Angehörigen der Deutschnationalen Wehr-Organisation, dem Stahlhelm. Es begann die Verfolgung der Kommunisten, es begannen die ersten Verfolgungen von Sozialdemokraten, es wurden Partei-Büros besetzt, dann das Gewerkschaftshaus, und auch unser

SAJ-Heim. Für uns, die ‚Roten Falken‘, kam jetzt eine Zeit der großen Verunsicherung. Wir waren plötzlich illegal. Wir konnten uns nicht mehr wie gewohnt treffen, die Straße war für uniformierte Sozi-Kinder eine absolute Tabu-Zone. Und dann wurden auch wir alsbald verboten. Von unserem SAJ-Heim ergriff die HJ mitsamt dem Jungvolk Besitz.“

Beispiel Bielefeld: Einen Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler kam es am 31. Januar 1933 zu einer Massenkundgebung des „roten“ Bielefeld. „Bielefeld marschiert gegen Hitler und Hugenberg! Für Sozialismus, Freiheit und Brot!“, kündigte die „Volkswacht“ an. Etwa 8000 Demonstranten folg-

ten dem Aufruf und sammelten sich abends auf dem Kesselbrink. Es sollte die letzte große Bielefelder Demonstration gegen Hitler werden. „Die SPD im Reich und auch die Bielefelder Sozialdemokraten waren nicht auf die Radikalität der Nazis und schon gar nicht auf Gewalt eingestellt“, sagt der Historiker Reinhard Vogelsang. Und die Zeitzeugin Elfriede Eilers erinnert sich: „Wie schnell es gehen und wie schlimm es werden sollte, haben sich nicht einmal die dunkel denkenden Gemüter vorgestellt.“

Sofort unterdrückten und verfolgten die Nationalsozialisten unliebsame Personen. Anfang Februar wurden in Bielefeld die ersten Kommunisten verhaftet. Am 6. März wehte die Hakenkreuzfahne vom Rathausbalcon, unliebsame Rathausangestellte wurden entlassen und zahlreiche Nazis eingestellt. Ungeniert kam es zu Verhaftungen, der Reichstagsbrand und die angebliche Terrorismus-Gefahr durch die Kommunisten lieferten den Vorwand.

Hakenkreuze auf den Rathäusern

Gleiches geschah im Frühjahr 1933 flächendeckend im ganzen Deutschen Reich. Die NSDAP besetzte die Machtpositionen. In **Bochum** etwa verloren bereits Mitte Februar der Polizeipräsident und der Leiter der Schutzpolizei ihre Ämter. Wie in vielen Städten und Gemeinden hissten die Nazis die Hakenkreuzfahne auf dem **Ludwigsburger** Rathaus als Zeichen der „siegreichen nationalen Revolution“. Als der Sozialdemokrat Hüter versuchte, sie von der Fahnenstange herunterzuholen, wurde er von einem SA-Mann erschossen. Schon Anfang März waren die wichtigsten Ludwigsburger Politiker von KPD und SPD ins Frankenthaler Gefängnis gesperrt worden. Bis zum 5. März waren in Bochum schon rund 100 KPD-Mitglieder verhaftet oder von der SA verschleppt worden.

Beispiel Würzburg: Im Zuge der politischen Gleichschaltung wurden am 9. und 10. März 1933 alle größeren Kommunen in Bayern mit Zwang und Terror dem neuen Regime unterworfen. Dazu gehörten die Besetzung des Gewerkschaftshauses in der Augusti-

„Wie schnell es gehen und wie schlimm es werden sollte, haben sich nicht einmal die dunkel denkenden Gemüter vorgestellt.“

Zeitzeugin Elfriede Eilers



Die ersten Bücher, die im Frühjahr 1933 brannten, waren Bücher aus Gewerkschaftsbibliotheken und Arbeiterheimen

nerstraße und die Besetzung der Verlagshäuser des „Fränkischen Volksblattes“ und des „Fränkischen Volksfreunds“ in den frühen Morgenstunden des 10. März. Die Aktion richtete sich gleichzeitig gegen die Presse, die Buchhandlung, die Bibliothek sowie die Geschäftsstelle der Würzburger SPD und damit gegen das sozialdemokratische Nervenzentrum in der Stadt.

Beispiel Karlsruhe: Der neu ernannte Reichsstatthalter für Baden, Robert Wagner, setzte sofort den badi-schen Innenminister Umhauer ab. An seinem dritten Amtstag erließ er ein Verbot aller öffentlichen Ver-sammlungen und der Verbreitung von Flugblättern und Plakaten für die Arbeiterorganisationen Badens. Gleich-zeitig erging die Anordnung, führende Persönlichkeiten von KPD und SPD in „Schutzhaft“ zu nehmen.

Beispiel Offenbach: Der braune Sturm fegte im April 1933 Straßennamen aus der Stadt. Der August-

Bebel-Ring wurde zum Adolf-Hitler-Ring, der Wald-park auf dem Bieberer Berg zum Adolf-Hitler-Park, die Rathenaustraße zur Hermann-Göring-Straße, die Straße der Republik zur Kaiserstraße, der Wilhelm-Liebknecht-Ring zum Hessenring, die Karl-Marx-Straße zur Lindenstraße, der Aliceplatz zum Horst-Wessel-Platz.

Beispiel Pirna: Im „linken“ Pirna warteten im März zahlreiche zum Kampf entschlossene Genossen mit ge-packten Tornistern und Waffen auf einen Befehl. Aber er kam nicht. Stattdessen konnten sie schon bald im örtlichen Amtsblatt die Namen der Verhafteten lesen und von Hausdurchsuchungen erfahren. Nicht heim-lich bei Nacht – in aller Öffentlichkeit gingen SA und Polizei vor. Gerade dadurch sollten abschreckende Wirkung erzielt und jeder Widerstandswille gebro-chen werden. Die Festnahmen konzentrierten sich

auch nicht auf wenige Tage, sondern erstreckten sich über viele Wochen. Ende März 1933 waren auf der Burg Hohnstein bereits über 400 Gefangene registriert. Ende April 1933 bewachten und schikanierten dort 150 SA-Leute bereits rund 500 Schutzhaftgefangene.

Beispiel Dachau: Der Ort bei München wurde schnell zum Begriff für Schrecken und Verfolgung. Und das war von den Nazis durchaus gewollt. „Das Konzentrationslager für politische Gefangene in Dachau“, lautete die Überschrift über eineM Bild- und Textbericht im „Traunsteiner Wochenblatt“ vom 23. März 1933 über die „Eröffnung“ am Vortag. Auch die Größenordnung wurde deutlich gemacht:

*„Lieber Gott,
mach mich stumm,
damit ich
net nach Dachau
kumm.“*

Geflügeltes Wort in Bayern und der Pfalz ab Frühjahr 1933

„Gestern sind zunächst einmal 200 Mann in das Konzentrationslager Dachau gebracht worden. Ihre Zahl soll sich nach und nach auf 2500 und späterhin wohl auf 5000 erhöhen.“ Ausschaltung und Abschreckung aller Gegner – das war die Aufgabe dieser Terrorstätte.

Und die Nazi-Maschinerie half eifrig mit, das Lager zu füllen. In zwei

„Schüben“ Ende April und Anfang Mai 1933 wurden zum Beispiel alleine aus dem Landkreis Traunstein 50 meist als „Kommunisten“ titulierte Männer mit Lastwagen ins KZ gebracht – ohne Angabe von Gründen, ohne rechtlichen Schutz, ohne Verfahren und ohne Wis-

sen um die Zukunft. In Bayern und in der Pfalz kursierte schnell der Spruch: „Lieber Gott, mach mich stumm, damit ich net nach Dachau kumm.“

Nazis gegen Betriebsräte

Bis Sommer 1933 waren alle Nicht-Nazi-Parteien und deren Jugendgruppen verboten, die Freien Gewerkschaften zerschlagen, die Presse in weiten Teilen gleichgeschaltet. Mit demokratischen Mitteln schafften es die Ende Januar 1933 an die Macht gekommenen Nationalsozialisten nicht, die Mehrheit der Arbeiter für sich zu gewinnen. Das zeigten die Betriebsrätewahlen vom März 1933. Als nach den ersten Wahlergebnissen sichtbar wurde, dass es den Nazis allen Druckmitteln und Propaganda-Aktionen zum Trotz nicht gelungen war, in den Betrieben mehr als 25 Prozent der Stimmen zu erhalten, wurden die Wahlen abgebrochen. SPD-nahe Betriebsräte durften ihr Amt nicht antreten und wurden durch NSDAP-Anhänger ersetzt. 1933 urteilte das Arbeitsgericht Frankfurt am Main: „Die fristlose Entlassung eines als staatsfeindlich geltenden Betriebsratsmitgliedes ist gerechtfertigt, wenn seine Rückkehr zur Arbeitsstelle in der übrigen Belegschaft Unruhe und Gewaltmaßnahmen hervorrufen würde. Die Gründe, auf die die Erregung in der Belegschaft gegen den Kläger zurückzuführen ist, sind belanglos, ebenso, ob diese Gründe berechtigt oder unberechtigt sind.“ *almay*

VERBRANNT BÜCHER UND SUBVERSIVE SPORTGERÄTE

Sogar Sportgeräte und Fahrräder, Trommeln und Pfeifen wurden beschlagnahmt, wie das Beispiel der Freien Turnerschaft 06 e.V. Dörnigheim in der Nähe von Frankfurt am Main zeigt. Die Nazis hatten etwas gegen gewerkschaftliche Geselligkeit – und sie hatten etwas gegen Bücher, gegen den freien Geist. Die ersten Bücher, die im Frühjahr 1933 brannten, waren Bücher aus Gewerkschaftsbibliotheken und Arbeiterheimen. Während der Terror gegen das angeblich „volkszersetzende Schrifttum“ 1933 reichsweit am 10. Mai 1933 in den Bücherverbrennungen gipfelte, gab es in Würzburg (wie in anderen Städten) bereits am 10. März 1933 eine erste Verbrennung auf dem Residenzplatz. Zuvor waren das Gewerkschaftshaus und die Redaktion des „Fränkischen Volksfreunds“ besetzt worden. In Freiburg im Breisgau zum Beispiel wurden nach der Reichstagswahl im März 1933 die Wohnungen von Gewerkschaftern durchsucht und dabei die Bücherei von Josef Haupt, genannt Seppel, ausgeräumt. Sie wurden alle verbrannt, und Seppel kam ins Gefängnis.

Schätzungen gehen davon aus, dass 1933 bis zu 2500 Arbeiterbibliotheken von Gewerkschaften und SPD mit einem Bestand von rund 1,5 Millionen Bänden existierten. Eine der bedeutendsten gewerkschaftlichen Leihbibliotheken war die 1907 gegründete Leipziger Zentralbibliothek mit einem Bestand von etwa 10 000 Bänden im Jahre 1933. Als SA und SS das Leipziger Volkshaus am 9. März 1933 besetzten, wurde die Bibliothek beschlagnahmt. Die „undeutschen“ oder „marxistischen“ Titel wurden ausgesondert und öffentlich auf dem Leipziger Messplatz verbrannt.

Am 10. Mai 1933, dem Tag der Bücherverbrennungen, wurde auch das Vermögen der SPD beschlagnahmt. Und es wurden auch die nicht-politischen Arbeiterorganisationen aufgelöst: die vielen Tausend Arbeiterturnvereine, Gesangs- oder Musikvereine, Schach- und Wanderverbände, Fotografie- oder Radioclubs. Auf diese Weise sollte das soziale Netz zerstört werden, das eine Basis für Widerstandstätigkeiten hätte bilden können.

Volker Weidemann: **Das Buch der verbrannten Bücher**

Verlag Kiepenheuer & Witsch 2008; 254 Seiten; 19,90 Euro.

DAS VOLKSHAUS IM „ROTEN MÖRFELDEN“

Ein Denkmal für die Bauarbeiter

Ihre Namen sind Legende – unvergessen sind die Bauarbeiter und ihr Streben nach einer gerechteren Welt in der kleinen Stadt bei Frankfurt am Main, die früher wegen der Stärke der Arbeiterparteien KPD und SPD auch „Klein-Moskau“ genannt wurde.

Zur Erinnerung an die Bauleute hat die Stadt Mörfelden-Walldorf im vergangenen Jahr auf Antrag der DKP/Linke Liste in der Stadtverordnetenversammlung ein Denkmal errichten lassen. Es steht neben dem von Bauarbeitern in den Jahren 1928 bis 1930 in Eigenregie errichteten ehemaligen „Volkshaus“, dem heutigen Bürgerhaus. In der Zeit des Hitlerfaschismus wurden viele der Maurer, die das Volkshaus bauten, in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt. Die rote Stahlskulptur des Darmstädter Kunstprofessors Gerhard Schweizer erinnert nach einem Gedicht von Bertolt Brecht „An die Kämpfer in den Konzentrations-

lagern“: „Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen, niedergeknüppelt, aber nicht widerlegt, zusammen mit allen unverbesserbar Weiterkämpfenden, unbelehrbar auf der Wahrheit beharrenden, weiterhin die wahren Führer Deutschlands.“

Da ist der erste Vorsitzende des Volkshausvereins, der Maurer Georg Zwilling. Er wurde am 8. November 1931 als einziger kommunistischer Bürgermeister von Hessen gewählt und wie viele seiner Genossen im März 1933 von den Nazis im Konzentrationslager Osthofen bei Worms (siehe Seite 11) eingesperrt. Noch kurz vor Kriegsende kam der zum Arbeitsdienst Zwangsverpflichtete bei einem Tieffliegerangriff ums Leben, berichtet sein Neffe Wilhelm Jourdan, dessen Familienname unter den ansässigen Bauarbeitern ebenfalls seit Generationen vertreten ist. Wilhelm Jourdan selbst war viele Jahre Vorsitzender des Ortsverbands der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), als dieser noch selbstständig existierte. Einer seiner Vorgänger als Ortsstellenvorsitzender der Baugewerkschaft zwischen 1950 und 1975 war der Maurer und Oberpolier Michael Denk II., der allen als „Denke-Michel“ bekannt war. Die Schulmeyers, Hechlers, Cezannes und Völkers gehörten ebenfalls zu den Bauarbeiter-„Dynastien“, deren Kinder, Enkel und Urenkel heute noch in Mörfelden leben.



Bei Nacht erleuchtet: Denkmal für die „Kämpfer in den Konzentrationslagern“ (Bertolt Brecht)



Georg Zwilling, der erste Vorsitzende des Volkshausvereins



Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ) berichtete 1930 in ihrer Ausgabe 47 über die Errichtung des Volkshauses als „schönes Denkmal proletarischer Solidarität“

statt. Die Erbauer des Volkshauses, die Widerstandskämpfer von damals, sind verschwunden – aber nicht vergessen.

KnG

EIN JAHRHUNDERT GEWERKSCHAFTSARBEIT LAG IN STAUB UND ASCHE

Ein neuer Anfang – zwölf Jahre nach dem Ende

Die Nationalsozialisten hatten Deutschland zugrunde gerichtet. Ihre Bilanz waren Schreckensherrschaft und Terror. Die Alliierten haben Deutschland befreit. Die Gewerkschaften begannen wieder ihre Arbeit zu tun.

Über den Neuanfang der Gewerkschaften nach dem Krieg wussten die schon erwähnten Maurergesellen auf jener Baustelle der Jahre 1952/1953 eigentlich nur wenig zu berichten. Manche von ihnen waren erst gegen Ende der Vierzigerjahre aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden, andere noch später. „Irgendwie ist es dann wieder losgegangen mit der Gewerkschaft“, so der allgemeine Tenor. Sie hatten in jener Nachkriegszeit auch ganz andere Sorgen. Aber sie waren organisiert. Wie überhaupt die Gewerkschaftszugehörigkeit damals wesentlich stärker ausgeprägt war als heutzutage.

Mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Wenig vorher hatten sich Adolf Hitler und manch andere Nazi-Größen noch feige selbst gerichtet, andere mussten sich für ihr verbrecherisches Tun und Handeln bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen verantworten. Deutschland war vom Nationalsozialismus befreit.

Der Historiker Golo Mann beschreibt die Situation wie folgt: „... es war so, als ob die Nation aus langer Betäubung erwachte. Mit ungläubigem Staunen fanden die Alliierten, dass es in dem Land, das zwölf Jahre vom Nationalsozialismus regiert worden war, eigentlich überhaupt keine Nationalsozialisten gab.“ Ähnlich haben sich viele andere Schriftsteller über die Kunst des Verdrängens nach dem Zweiten Weltkrieg geäußert.

Der Preis für unsere Befreiung war sehr hoch, und wir haben ihn nicht allein bezahlt. Zwischen 1939 und 1945 wurden zirka 60 Millionen Menschen getötet, 35 Millionen wurden verletzt. Die Hauptlast trug die Zivilbevölkerung mit zirka 25 Millionen Toten – darunter sieben Millionen Russen, 4,2 Millionen Polen, 3,8 Millionen Deutsche. Die Sowjetunion (UdSSR) verlor 13,4 Millionen Soldaten, die Deutschen mehr als 4,3 Millionen. Allein nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 stieg die Anzahl der deutschen Kriegstoten gewaltig an. Nach Kriegstagen während des Zweiten Weltkriegs gerechnet, waren im Durchschnitt täglich 3692 Kriegstote zu beklagen. Von Kriegsbeginn bis zum 20. Juli 1944 waren es täglich 1588, aber vom 21. Juli 1944 bis zum Kriegsende wa-

ren es im Durchschnitt täglich 16 641(!) Kriegstote (Wehrmachtsangehörige und Zivilpersonen).

Wir waren ein besiegt Volk, und so wurden wir von den Siegermächten auch behandelt. Die Bevölkerung bekam das ab Mai 1945 zu spüren. Durch Ausgehverbote, durch Sperrstunden, es gab keine Zeitungen, jegliche politische Betätigung war verboten – und es gab nichts zu essen, jedenfalls nicht viel. Der durchschnittliche Kalorienverbrauch sank vom Frühjahr 1945 von 2010 Kalorien auf 1451 Kalorien im Jahre 1946.

Historiker sprachen später gern von einer „Zusammenbruchsgesellschaft“. Das war ein Tatbestand, der sich auf alle, aber auch auf wirklich alle Lebensbereiche erstreckte. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, jede Siegermacht war für ihre Zone ganz allein verantwortlich. Als oberste Regierungsgewalt in Deutschland wurde ein Alliiertes Kontrollrat eingerichtet. Aus Berlin wurde eine Vier-Sektoren-Stadt.

Die „Alten“ packen an

Unvorstellbare Trümmerlandschaften beherrschten das Bild in den Großstädten. Die Aufräumarbeiten begannen. Allein in Berlin wurden zwischen August 1945 und Juli 1946 1,2 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt beseitigt und 106 Millionen Ziegelsteine gewonnen. Großen Anteil daran hatten die sogenannten Trümmerfrauen in allen Städten. Doch neben den Trümmermassen gab es eine enorme Wanderungsbewegung in Deutschland. Es gab eine Völkerwanderung von Ost nach West, und die von den Nazis noch eingeleiteten Evakuierungen taten ein Übriges. Jeder wollte wieder nach Hause, auch wenn es für ihn keinen Wohnraum mehr in seiner Stadt gab. Schätzungsweise zwölf Millionen Menschen waren unterwegs, um sich neu zu orientieren.

In diesem totalen Durcheinander begann die Gewerkschaftsarbeit nach dem Zusammenbruch. Und überall waren es hauptsächlich die „Alten“, ehemalige haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen, die ab 2. Mai 1933 ihre Arbeit einstellen mussten und nun neu anfangen. Viele von ihnen hatten leidvolle zwölf

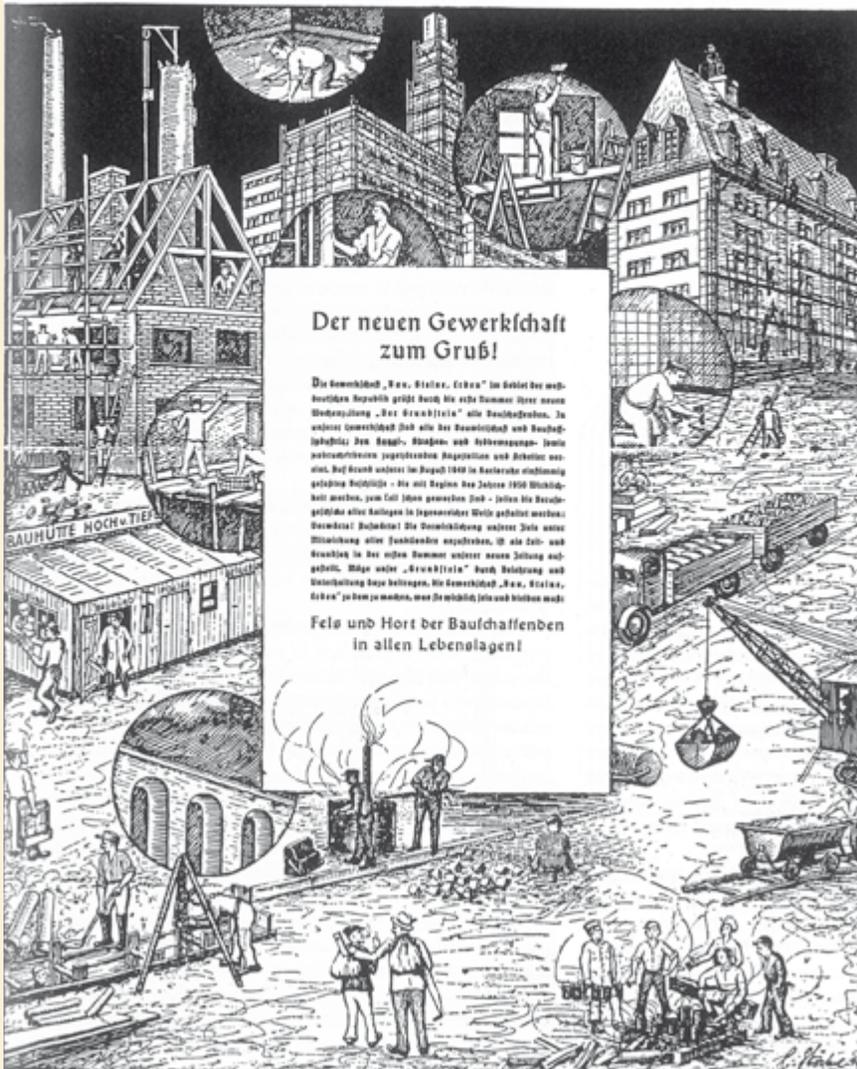
Der Grundstein

WOCHENSCHRIFT DER „GEWERKSCHAFT BAU-STEINE-ERDEN“

1. Jahrgang

Frankfurt am Main, 8. Januar 1950

Nummer 1



Der neuen Gewerkschaft zum Gruß!

Die Gewerkschaft „Bau, Steine, Erden“ im Gebiet der westdeutschen Republik grüßt durch die erste Nummer ihrer neuen Wochenzeitung „Der Grundstein“ alle Bauhandwerker. In unserer Gemeinschaft steht alle der Bauwirtschaft und Bauhandwerk: Bau-, Baugewerke- und Baufacharbeiter sowie alle mitarbeitenden jugendlichen Baugewerkschaften und Arbeiter mit. Das Grundgesetz im August 1949 in Westdeutschland einmütig geliebte Freiheitliche - die mit Beginn des Jahres 1950 Wirklichkeit werden, zum Teil schon gewachsen sind - stellen die Bauhandwerker aller Kollegen in gemeinsamen Streitigkeiten und Interessen! Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, alle Bauhandwerker zusammenzuführen, sie als eine Einheit in der neuen Demokratie unter neuen Verhältnissen zu gestalten. Möge jeder „Grundstein“ durch Betätigung und Unterhaltung dazu beitragen. Die Gewerkschaft „Bau, Steine, Erden“ zu dem zu machen, was sie verdient, alle und jeden macht!

Fels und Hort der Bauhandwerker in allen Lebenslagen!

Am 8. Januar 1950 erscheint die erste Ausgabe der Bauarbeiterzeitung „Der Grundstein“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie definiert die Bauarbeitergewerkschaft als „Fels und Hort der Bauhandwerker in allen Lebenslagen!“ und beginnt mit den Worten: „Die Gewerkschaft ‚Bau, Steine, Erden‘ im Gebiet der westdeutschen Republik grüßt durch die erste Nummer ihrer neuen Wochenzeitung ‚Der Grundstein‘ alle Bauhandwerker. In unserer Gewerkschaft sind alle der Bauwirtschaft und Baustoffindustrie, den Kanal-, Straßen- und Erdbewegungs- sowie Abbrucharbeiten zugehörigen Angestellten und Arbeiter vereint ...“

Jahre hinter sich, in denen sie drangsaliert wurden, keine Arbeit fanden und oft wie Aussätzige behandelt wurden. Manche von ihnen kamen auch erst aus den Konzentrationslagern und anderen Haftanstalten.

„Als wir im April 1945 die Fetzen Papier in die Hände bekamen, die uns die Verbrecher hinterlassen hatten, neben Bergen verbrannter Bücher und Dokumente, leeren Kassen und vernichteten Bibliotheken, der Rest durch Bomben zerstört, da sah man Männer mit grauen Haaren weinen, weil sie ein Jahrhundert Arbeit in Staub und Asche wiederfanden“, so schildert Theodor Thomas, später Vorstandsmitglied der neuen Baugewerkschaft und lange Zeit für unseren „Grundstein“ als Redakteur verantwortlich, die erste Begegnung im April 1945 mit seinen alten Kampfgefährten. Er war damals schon 69

Jahre alt und schied erst 1953 mit 77 Jahren aus dem aktiven Arbeitsleben aus.

Das alles hat sie aber keinen Moment daran gehindert, mit dem Aufbau der Gewerkschaftsarbeit zu beginnen. In allen vier Besatzungszonen war das so. Was diese Frauen und Männer, die sogenannten „Alten von damals“, geleistet und auf den Weg gebracht haben, nämlich, ein verlässliches und stabiles Fundament für die Gewerkschaften zu schaffen, verdient auch heute noch allerhöchste Anerkennung. Und in allen vier Zonen waren sie sich nach den leidvollen Erfahrungen in der Weimarer Republik darin einig, Einheitsgewerkschaften zu gründen und auf den Weg zu bringen. Das hatten sie sich in der NS-Zeit immer wieder vorgenommen, wenn es denn eines Tages dazu kommen sollte.

Diesem Einheitsgedanken fühlten sie sich verpflichtet. Wilhelm Leuschner, Gewerkschafter und Sozialdemokrat, wurde als Mann des Widerstands gegen Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 am 8. September 1944 zum Tode verurteilt und am 29. September 1944 im Hinrichtungsschuppen in Berlin-Plötzensee gehängt. Seine letzte Botschaft an die Kolleginnen und Kollegen lautete: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit.“

So war also die Einheitsgewerkschaft damals als Prinzip völlig unumstritten, über die auch schon in den Jahren 1931/1932 und später im gewerkschaftlichen Widerstand und in den Exilgruppen diskutiert wurde. Ein

„Unterläßt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenen Gewissen.“

Claus Schenk
Graf von Stauffenberg, Hitler-
Attentäter vom 20. Juli 1944

Betrieb – eine Gewerkschaft: So hatten sich die Einheitsgewerkschaften und das Prinzip des Industrieverbands ab 1945 weitgehend durchgesetzt.

Zur „zentralen Figur“ wurde dabei Hans Böckler, der 1945 bereits 70 Jahre alt war. Er wurde schon am 27. März 1945 in Köln Vorsitzender eines „Siebener-Ausschusses“ (vier Mitglieder gehörten der ehemaligen SPD, zwei der CDU und ein Mitglied der ehemaligen KPD an).

Am 2. August 1945 war die Potsdamer Konferenz zu Ende. Ein wichtiges Ergebnis für uns war die offizielle Zulassung von Gewerkschaften und Parteien durch die vier Besatzungsmächte. Dazu muss gesagt werden, dass überall im besiegten Deutschland schon vor diesem Potsdamer Datum Baugewerkschaften mit völlig unterschiedlicher Namensgebung und oft auch gegen den Willen der Besatzungsmacht gegründet wurden. Bei den Landarbeitergewerkschaften war das nicht anders. Ein Kuriosum jener Zeit war zum Beispiel, dass die erste Gewerkschaftsgründung noch während des Kriegs im Oktober 1944 in Aachen stattfand. Wo also nicht mehr gekämpft wurde, da begannen die „Alten“ wieder mit der Arbeit, die sie zwölf lange Jahre nicht hatten tun dürfen.

Das alles passierte unter heute völlig unvorstellbaren Arbeits- und Lebensbedingungen. Es war vor allem eine Arbeit, die sich zur Hauptsache räumlich zunächst nur auf den Ort oder die Region beschränken konnte. Überall haben die Gewerkschaften damals etwas geleistet, was nach heutigem Verständnis gar keine Gewerkschaftsarbeit ist. Da ging es zum Beispiel darum, Arbeitskleidung und Schuhe anzuschaffen, Handwerkszeug musste organisiert werden, und es musste versucht werden, für die schwere Land- und Bauarbeit die höherwertigen Lebensmittelkarten durchzusetzen.

So wurden von der örtlichen Gewerkschaft in Brandenburg für die Beschäftigten der Oder-Regulierung im Oktober 1946 bis April 1947 3800 Paar Männersocken, 1050 Stück Unterwäsche für Männer, 1150 Männerhandschuhe und 150 Paar Holzschuhe angeschafft.

Die Baugewerkschaft in Reutlingen bekam für das gesamte Gebiet in Südwürttemberg und Hohenzollern 500 Paar Lederschuhe und 625 Paar Holzschuhe. Ein zu erstellender Verteilungsplan musste dem Offizier der Besatzungsmacht vorgelegt werden. Das sind nur zwei Beispiele über die damals wichtigen Aufgaben für die entstehenden Gewerkschaften. Und natürlich sprach überall die Besatzungsmacht ein gestrenges Wort mit. Jede Reise, jede Versammlung musste beantragt und genehmigt werden, und meistens war bei den Versammlungen auch ein Vertreter der Besatzungsmacht dabei.

Not schweißt zusammen

Schon am 11. Juli 1945 gab es in Dresden die offizielle Gründungsversammlung der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter. Überall war also eine Aufbruchstimmung zu verspüren. Die Mangelsituationen ließen die inzwischen gebildeten Betriebsvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsleute eng zusammenrücken. Man gab und nahm – und man tat es gern. In der Landwirtschaft erreichten Betriebsräte und Gewerkschaften, dass es vielfach Deputate gab – von der Tabakpflanze bis hin zu Zwiebeln, in der Bauwirtschaft war es hauptsächlich Baumaterial, vom Ziegel bis hin zum Zement. Eine damals hauptamtliche Kollegin erinnert sich und sagte: *„Wenn Betriebsräte wegen irgendeiner Sache zu uns kamen und einen Rat wollten, mit leeren Händen sind sie eigentlich nie zu uns gekommen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl war in jener Zeit sehr groß.“*

Die schon erwähnten Wanderungsbewegungen jener Jahre machten den Fachleuten in unseren beiden Gewerkschaften sehr große Sorgen. In die Betriebe strömten Männer und Frauen ohne jegliche berufliche Erfahrung und Kenntnisse. So blieb es nicht aus, dass in der Land- und Forstwirtschaft und in den Baubetrieben die hohen Unfallzahlen ein großes Problem jener Jahre waren.

Durch die politische Entwicklung zwischen Ost und West wurde dem Einheitsbestreben dann bald ein Ende gesetzt. Das war sehr bitter für die Gewerkschaften, die sich im Baubereich und in der Land- und Forstwirtschaft sehr darum bemüht haben, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den vier Besatzungszonen nicht zu weit auseinanderentwickelten. So wurden zum Beispiel auf mehreren Interzonenkonferenzen unserer Gewerkschaften nicht nur Erfahrungen ausgetauscht. Es wurden für die unter großen Mühen zustande gekommenen Konferenzen auch tarifliche Probleme auf den Tisch gelegt, mit dem Ziel, in den vier Besatzungszonen für möglichst gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen zu sorgen. Doch die Hauptamtlichen von damals mussten sich schließlich den Besatzungsmächten und der großen Politik beugen. Die Gegensätze zwischen Ost und West wurden immer deut-

licher. Die politischen Querelen zwischen Ost und West vergifteten natürlich auch die Gewerkschaftsarbeit untereinander und verhinderten schließlich weitere Vorhaben unserer „Alten von damals“.

Die Gewerkschaften in Ost und West mussten dann getrennte Wege gehen. Das war nach den bitteren zwölf Jahren der Nazidiktatur und nach einem sehr verheißungsvollen Auftakt ab 1945 eine weitere schlimme Erfahrung für unsere „Alten“.

Die Trennung sollte sehr lange anhalten. Nicht nur für die Menschen in Ost und West, auch für die Gewerkschaften. So entstand in der sowjetischen Besatzungszone – später DDR – von 1945 bis 1949 die Industriegewerkschaft Land- und Forstwirtschaft und ab 1968 die Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst (GLNF). Für den Baubereich in Ostdeutschland kam es nach vielen örtlichen Neugründungen zur Industriegewerkschaft Bau von 1945 bis 1949. Die Gründungskonferenz fand am 13./14. Juni 1946 in Halle statt. Dann kam es vom 10. bis 12. August 1950 in Weimar zur neu gebildeten Industriegewerkschaft Bau-Holz, die bis zum Jahre 1990 existierte.

Verordnete Ost-West-Trennung

In Westdeutschland haben wir in den langen Jahren der politisch gewollten und veranlassten Trennung nicht viel von der täglichen Arbeit der beiden Gewerkschaften in Ostdeutschland erfahren. Heute wissen wir, dass in Ostdeutschland unter der bestimmenden Rolle von SED und der Dachorganisation des FDGB eine sehr engagierte und erfolgreiche ehren- und hauptamtliche Arbeit im Interesse der Beschäftigten geleistet wurde. Der 1989/1990 einsetzende Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands brachte für die Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst organisationstechnische Probleme mit sich, die allerdings in erstaunlich kurzer Zeit gelöst werden konnten. Es wurden alle notwendigen Vorbereitungen dafür getroffen, den Eintritt der Mitglieder der GLNF in die neue und erstarkende Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu ermöglichen, beziehungsweise auch den Eintritt in die Gewerkschaft

Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) im DGB zu gewährleisten. Erst im Oktober 1990 gab es dann nach Abschluss aller organisationstechnischen Arbeiten für den grünen Bereich in Deutschland nur noch die GGLF. Diese

wiederum fusionierte zum 1. Januar 1996 mit der ehemaligen IG Bau-Steine-Erden zur jetzigen IG Bauen-Agrar-Umwelt. Nachdem sich in den Jahren 1947/1948 die Bau-gewerkschaften in Westdeutschland vor Ort und in der Fläche nach und nach aufgestellt hatten, Bezirke als nächstgrößere Einheit etabliert waren, fehlte nur noch die Organisation für den Bund.

Auf dem Vereinigungs-verbandstag am 27./28. August 1949 in Karlsruhe vereinigten sich die Bau-arbeitergewerkschaften der amerikanischen, britischen und französischen Zonen zur Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden.

Die späte Einheit der deutschen Baugewerkschaften für die Bundesrepublik Deutschland

konnte nach vorangegangenen Außerordentlichen Gewerkschaftstagen der Industriegewerkschaft Bau-Holz und der IG Bau-Steine-Erden am 12. Oktober 1990 beurkundet werden.

Obwohl es altersmäßig 1989/1990 in beiden Teilen Deutschlands in der gewerkschaftspolitischen Verantwortung bereits eine andere Generation gegenüber den Aufbaujahren ab 1945 war, der Gedanke der gewerkschaftlichen Einheit hatte nicht nur überlebt, er hatte auch Vorrang. Eine neue Generation hat inzwischen vollendet, was damals ab 1945 die vielen Kolleginnen und Kollegen aufgrund der politischen Großwetterlage nicht mehr schaffen konnten. Diese neue Generation hat außerdem ihr Erbe als einen verbindlichen Auftrag angenommen, unsere Gewerkschaft heute in struktureller Hinsicht den total veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen in der Arbeitswelt anzupassen.

Hermann Hunger



Karlsruhe 1949: Ort der Vereinigung der Baugewerkschaften in den drei West-Zonen

„Wir haben den ehrlichen Willen, diese Gewerkschaft so zu gestalten, dass sie allen Arbeitnehmern künftig eine echte Heimat ist.“

Hans Böckler während der Gründungsveranstaltung des DGB im Kongressaal des Deutschen Museums in München, 13. Oktober 1949

NACH ÜBER 60 JAHREN

„Die Welle“ reißt noch viele mit

Auch gut 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist das Thema „Rechtsextremismus“ – nicht nur – in Deutschland immer noch akut. Und niemand kann garantieren, dass die Gesellschaft heutzutage vor nationalistischen Tendenzen oder Systemen gefeit ist.

Der Film „Die Welle“, der momentan in deutschen Kinos zu sehen ist, macht eindrücklich klar: Das kann uns wieder passieren – heute, morgen, hier und überall. Zum Inhalt: Ein Lehrer (dargestellt von Jürgen Vogel) startet während einer Projektwoche zum Thema „Staatsformen“ einen Versuch, um den Schülern die Entstehung einer Diktatur anschaulich zu erklären. Was zunächst harmlos mit Begriffen wie Disziplin oder Gemeinschaft beginnt, entwickelt sich innerhalb weniger Tage zu einer richtigen Bewegung: Die Welle. Bereits am dritten Tag beginnen Schüler, Andersdenkende auszuschließen und zu drangsalieren. Als die Situation eskaliert, will der Lehrer das Experiment stoppen – zu spät ...

„Das Experiment funktioniert, weil die meisten von uns einsam sind.“

Aus: Interview Ron Jones, US-Lehrer und Initiator des Experiments, Quelle: Presseheft

Das Drehbuch zu diesem Film entspringt nicht der puren Fantasie. Die Vorlage, das Buch „Die Welle“, basiert auf einer wahren Begebenheit, die sich im April 1967 in den USA, genauer gesagt an der Cubberley High School in Palo Alto, zutrug. Weil seine Schüler der Meinung waren, dass Verhaltensweisen des Nationalsozialismus heutzutage nicht mehr vorkommen könnten, startete der Geschichtslehrer Ron Jones ein Experiment. In diesem wurden die Schüler als „The Third Wave“ („Die Dritte Welle“) organisiert,



Momentan in den Kinos zu sehen: „Die Welle“

bekamen Rollen zugeteilt und wurden Einschränkungen unterworfen. Aufgeschreckt durch die Leichtigkeit, mit der sich die jungen Menschen vereinnahmen und manipulieren ließen, brach der Pädagoge das Experiment nach fünf Tagen ab.

Genau 40 Jahre später, im April 2007, startete ein Lehrer an einer texanischen Schule einen ähnlichen Versuch. Um seinen Schülern die Gräueltaten des Naziterrors aufzuzeigen, teilte er sie in zwei Gruppen ein: Juden und Nicht-Juden. Die Juden trugen auf ihren Schulerausweisen einen Davidstern, durften erst als Letzte Mittag essen, mussten den Müll der anderen aufsammeln und sich im Schulgang an die Wand stellen, wenn die anderen an ihnen vorbeigingen. Das Nazi-Rollenspiel geriet schon bald außer Kontrolle, die Gewalt gegen die Schüler, die als Juden eingestuft waren, eskalierte. Schmerzhafte Diskriminierungen, Prügeleien, Verletzte waren die Folge. Nur mühsam gelang es dem Lehrer, seine Schüler in ihrem Tun zu stoppen. Ein gelungenes Experiment!?

CN

www.welle.film.de (inklusive Unterrichtsmaterialien)
www.thewave.tk

RECHTE UND GEWERKSCHAFTEN

Über den Tellerrand blicken

„Ein Fünftel Nichtorganisierte und fast ebenso viele Gewerkschaftsmitglieder haben ein eindeutig rechtsextremes Gedankengut.“ So die Erkenntnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung, die im Zeitraum zwischen 2002 bis 2004 mit Unterstützung der gewerkschaftlichen Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung vorgenommen wurde.

Ein Ergebnis, das aufschreckt. Und dazu auffordert, gegenzusteuern. Wie Gewerkschaften auf rechtsextreme Orientierungen ihrer Mitglieder reagieren können, zeigt Professor Dr. Albert Scherr, Institut für Sozialwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, für die Friedrich-Ebert-Stiftung auf. Seiner Meinung nach ist es den Gewerkschaften „offenkundig keineswegs gelungen, einen Teil der ArbeitnehmerInnen davon zu überzeugen, dass rechtsextreme Orientierungen keine Lösungen für die Probleme enthalten, die zu lösen sie versprechen“. Folglich bestehe weiterhin Handlungsbedarf. „Erforderlich ist eine nachhaltig und langfristig angelegte gewerkschaftliche Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und nationalistische Ausgrenzung.“ Dazu sei es sinnvoll, gewerkschaftliche Bildungsarbeit „als umfassend angelegte gesellschaftspolitische Bildung zu begreifen“ und diese nicht nur an Mitglieder zu adressieren, sondern sich auch an Kooperationsprojekten – beispielsweise an Schulen – zu beteiligen. Aber mit angemessenen Mitteln. Vor allem

müssten die Teilnehmer die Möglichkeit haben, ihre Ängste, Vorbehalte und Vorurteile zu artikulieren. „Denn Kampfes- und Bekehrungslogiken verstellen in der Regel die Möglichkeiten der Lernprozesse, die sie herbeiführen wollen.“

Allerdings müssten hierfür die Gewerkschaften noch wichtige Vorarbeiten leisten. Es mangle noch an einer „Infrastruktur, die eine kontinuierliche Qualifikation von TeamerInnen, eine erfahrungsbasierte Weiterentwicklung solcher Konzepte sowie ihre flächendeckende Umsetzung ermöglichen“ würde. CN

Bodo Zeuner (und andere): Gewerkschaften und Rechtsextremismus; Verlag Westfälisches Dampfboot, 2007; ISBN 978-3-89691-590-0; 14,90 Euro.

Albert Scherr: Wie können die Gewerkschaften auf rechtsextreme Orientierungen innerhalb der Gewerkschaften angemessen reagieren? in: WISO-Diskurs „Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“, Juni 2007.

INITIATIVEN GEGEN RECHTS

Wehret den Anfängen

Rechtsextremistische Tendenzen sind in Deutschland nach wie vor vorhanden. Um diesen in Wort und Tat entgegenzutreten, haben sich zahlreiche Initiativen gegründet. Hier eine Auswahl:

EXIT-Deutschland

EXIT-Deutschland ist eine von Ex-Kriminaloberrat Bernd Wagner und Ex-Naziführer Ingo Hasselbach gegründete Initiative, die seit Sommer 2000 für Aussteiger der rechtsradikalen Szene Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Dabei vermittelt EXIT Kontakte und bietet praktische Unterstützung. Im Mittelpunkt stehen den Situationen angemessene Ausstiegsszenarien. Darüber hinaus bildet die Aufklärungsarbeit an Schulen oder in

anderen Einrichtungen einen weiteren Schwerpunkt. www.exit-deutschland.de

MUT gegen rechte Gewalt

Seit knapp fünf Jahren gibt es diese deutschlandweit einzigartige Fachwebsite als gemeinsames Projekt der Amadeu Antonio Stiftung und der „stern“-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“. Dabei handelt es sich sozusagen um eine tagesaktuelle Internetzeitung, die bundesweit



über Rechtsextremismus informiert, aufklärt und berät. Außerdem weisen die Macher auf Vorbilder hin, die anschaulich machen, wie es möglich ist, extremistische Gewalt, Rassismus und auch Antisemitismus gewaltfrei zurückzudrängen. Vier Ziele stehen im Mittelpunkt der Arbeit: Information, Ermutigung, Erste Hilfe und Coaching. www.mut-gegen-rechte-gewalt.de



Mach meinen Kumpel nicht an

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ engagiert sich schon seit über 20 Jahren gegen Rassismus und tritt für die Gleichberechtigung von Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt ein. Der Schwerpunkt des Vereins, dessen Symbol die Gelbe Hand ist, liegt in der aufklärenden und präventiven Tätigkeit. Der Verein fördert das soziale Engagement von Migrantinnen und Migranten, entwickelt Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt und unterstützt Aktionen gegen Rechts im Jugend- und Schulbereich. Die Ursprünge liegen in der Aktion „SOS racisme“, die in den 80er-Jahren in Frankreich entstand. www.gelbehand.de



Gesicht zeigen

„Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“ ist ein bundesweit arbeitender Verein, der Menschen ermutigen möchte, aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und jede Form rechter Gewalt vorzugehen. Gründungsmitglieder waren Uwe Karsten Heye, Paul Spiegel und Michel Friedmann. Mittlerweile zählen über 1000 Einzelpersonen, Gruppen, Verbände und Organisationen zu den Unterstützern. Außerdem haben sich zahlreiche Kommunen der Aktion angeschlossen. www.gesichtzeigen.de

Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen. Amadeu Antonio Kiowa lebte als angolischer Vertragsarbeiter in Eberswalde. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zog eine Gruppe von etwa 50 rechtsextremistischen Jugendlichen mit Baseballschlägern durch die Stadt, um Jagd auf Schwarze zu machen. In einer Gaststätte trafen sie auf drei Afrikaner, die sie verprügelten. Während zwei Mosambikaner teils schwer verletzt flüchten konnten, erwachte der 28-jährige Angolaner nicht mehr aus dem Koma und starb zwei Wochen später. www.amadeu-antonio-stiftung.de

LITERATURTIPPS ZUM THEMA „NATIONALSOZIALISMUS UND ARBEITERBEWEGUNG“

Unterm Hakenkreuz



Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Band 12 (gebundene Ausgabe). Die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 markiert den wohl tiefsten Bruch in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Binnen weniger Wochen wurden die Gewerkschaften aufgelöst, die Arbeiterparteien verboten und die Kulturbewegung zusammen mit den Genossenschaften „gleichgeschaltet“.

Autor: Michael Schneider; ISBN: 978-3-801250256; 28 Euro; www.dietz-verlag.de

Kleine Geschichte der Gewerkschaften – Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute



Mit seinem Buch wendet sich Michael Schneider vor allem an wenig vorinformierte Leserinnen und Leser, die die Geschichte der Gewerkschaften kennenlernen möchten. Es bietet einen umfassenden und zugleich verständlichen Überblick.

ISBN: 3-8012-0294-1; 20,30 Euro; www.dietz-verlag.de

Der Weg in die Katastrophe

Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 – Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 11.

Autor: Heinrich August Winkler; ISBN: 3-8012-0095-7; 30 Euro; www.dietz-verlag.de

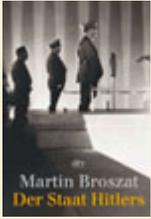
Vorwärts ist die große Losung



Beschrieben wird die Geschichte der Arbeiterbewegung im Raum Aalen von ihren Anfängen bis zu ihrer gewaltsamen Zerschlagung durch den Faschismus im Jahr 1933. Anhand von Dokumenten und Zeitungsberichten wird die Entwicklung der örtlichen Organisationen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien dargelegt.

Autor: Karlheinz Bauer; ISBN: 3-923208-34-0; fünf Euro; www.distelverlag.de

Der Staat Hitlers Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung



Martin Broszat gibt in gut verständlicher Weise Einblicke in unterschiedliche Themenbereiche der Organisation der NSDAP und der Reichsregierung unter Hitler. Unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet er den NS-Staat.

ISBN: 978-3-423-30172-5; 15 Euro; www.dtv.de

Fluchtpunkte Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung



In diesem Band haben Wissenschaftler und Gewerkschafter Fallstudien zu Hochburgen des deutschen Faschismus und der Arbeiterbewegung vorgelegt.

Herausgeber: Arno Klönne, Karl A. Otto, Karl Heinz Roth;

ISBN: 3-89965-039-5; 20,40 Euro; www.vsa-verlag.de

Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen



Die Zerschlagung der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe am 2. Mai 1933. Das DGB-Bildungswerk Nordrhein-Westfalen e.V. erinnert mit diesem Band an die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen Übergriffe gegen Gewerkschafter und gewerkschaftliche Einrichtungen sowie das Verhalten der Gewerkschaften zwischen Widerstand und Anpassung.

Autoren: Dietrich Scheibe, Margit Wiegold-Bovermann; ISBN: 978-3-898611909; ab 11,50 Euro;

www.klartext-verlag.de

Gleichgeschaltet



Dirk Erb beschreibt in seinem Buch die Gleichschaltung von Parteien und Justiz, Gewerkschaften und Berufsverbänden und deren Vorgeschichte, die als schleichender Prozess tief in den Alltag der Menschen hineinreichte. Eindrücklich schildert er, wie Funktionäre und Anhänger, insbesondere der Freien Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialdemokraten, von den Nazis systematisch verfolgt wurden.

ISBN: 978-3-882437768; gebundene Ausgabe; elf Euro; www.steidl.de

Von den Anfängen bis 1933 Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1



Der Autor Wolfgang Abendroth stellt die Entwicklung der Arbeiterbewegung im gesamtgeschichtlichen Zusammenhang dar. Zu den Schwerpunkten gehören auch die Klassenauseinandersetzungen in der Weimarer Republik und die Ursachen der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933. ISBN: 978-3-929348088; zehn Euro;

www.distelliteraturverlag.de

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert



Das Buch gibt einen guten Überblick über die Arbeiterbewegung von der 1848er-Revolution bis zum Ende der NS-Diktatur und eine ausführliche Darstellung der Arbeiterbewegung nach 1945 bis in die Gegenwart.

Autorin: Helga Grebing;

ISBN: 3866022883; 24,80 Euro;

www.vorwaerts-buch.de

Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930 bis 1933 – Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschafts- bewegung im 20. Jahrhundert, Band 4

Autor: Peter Jahn; ISBN: 3766309048; 19 Euro;

www.bund-verlag.de

Mit den Groschen der Mitglieder – Gewerkschaftshäuser in Berlin 1900 bis 1933: ein Stadtführer mit Karten und Abbildungen



Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat Berlins Stadtbild mitgeprägt. In den 20er- und frühen 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts bestimmten gewerkschaftliche Wohnungsbau-gesellschaften das Bild des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Wer sich für Gewerkschafts- und Baugeschichte interessiert, kann mit diesem Stadtführer die bis 1933 in Berlin erbauten Gebäude finden. In dem Buch wird nicht nur die Geschichte dieser Gewerkschaftsbauten und Wohnanlagen aufgearbeitet, sondern es wirft auch ein Licht auf die Geschichte der Gewerkschaften selbst.

Autoren: Wolfgang Blumenthal, Elke Keller und Karlheinz Kuba; ISBN: 978-3-896263988; 15,80 Euro;

www.trafoberlin.de



Neuanfang: Nikolaus Bernhard, letzter Vorsitzender des Baugewerksbunds vor 1933, entfernt 1946 das Symbol der Nazidiktatur vom Hamburger Gewerkschaftshaus